Betriebsratswahlen 2002 im März: Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Ein Stück Demokratie

Die Vorbereitungen n den Betrieben und in den IG Metall-Verwaltungsstellen laufen schon auf Hochtouren: Im März werden die Betriebsräte neu gewählt. Das neue Betriebsverfassungsgesetz eröffnet für die Betriebsratswahlen 2002 neue Möglichkeiten: leichtere Gründung von Betriebsratsgremien, mehr frei gestellte Betriebsräte und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Fotos: Graffiti

Betriebsrat bei Kollegen in der Montage hier bei Porsche – 2. v. l. Vertrauenskörperleiter Werner Weresch

Die IG Metall schult derzeit die Wahlvorstände, die für den exakten Wahlablauf verantwortlich sind. Das ist auch für "alte Hasen" ratsam, denn die Wahlordnung wurde mit dem Betriebsverfassungsgesetz neu gefasst. Eine korrekte Wahl beugt Wahlanfechtungen vor.

Wer jetzt die Chance nutzen will, einen Betriebsrat neu zu gründen, dem hilft die IG Metall. Gerade für kleine Betriebe wurde die Neugründung gesetzlich erleichtert. Vielfach wollen Arbeitgeber verhindern, dass Betriebsräte gewählt werden. Aber die Mitbestimmung im Betrieb ist ein Stück Demokratie, das mitunter für die Beschäftigten sehr wichtig werden kann. Gibt es keinen Betriebsrat, so gibt es etwa bei Kündigungen für die einzelnen Beschäftigten sehr viel weniger Möglichkeiten, sich zur wehren. Ohne Betriebsräte gibt es keine Sozialpläne, keine Abfindungen, sollte es mal zum Schlimmsten kommen, zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen.

Aber schon im Alltag sind Betriebsräte unverzichtbar: wenn es um die Eingruppierung geht oder um die Frage, ob die neuen Bildschirme gut für die Augen sind. Der Betriebsrat hat viele Möglichkeiten, bei Entscheidungen des Unternehmers korrigierend einzugreifen. Und nicht nur da: Schon im Vorfeld, bevor Entscheidungen getroffen werden, sind Betriebsräte gefragt, und müssen gefragt werden, wenn die Mitbestimmungsrechte das so festlegen. Siehe auch den Beitrag von Pfarrer Paul Schobel, Seite 34 dieser Ausgabe. ◄

Neue Komponentenliste Kühlschmierstoffe erstmals unter Mitarbeit der IG Metall

Was in Kühlschmierstoffen besser nicht drin sein sollte

Jetzt demnächst erscheint die neu aktualisierte Komponentenliste Kühlschmierstoffe 2002. Erstmals konnte die IG Metall an dieser Liste mitarbeiten. Darin werden Stoffe aufgelistet, die in Kühlschmierstoffen tunlichst nicht enthalten sein sollen, weil sie die Gesundheit gefährden.

Mit den Aktionen "Tatort Betrieb" macht die IG Metall in Baden-Württemberg schon seit vielen Jahren auf die Gesundheitsgefahren dieser Schmierstoffgemische aufmerksam. Nun haben auch der Verband der Schmierstoffindustrie und die Hersteller die Fachkompetenz anerkannt. Die Liste ist ein sehr wichtiges Hilfsmittel für den Einkauf, für Wartung und Pflege der Kühlschmierstoffe. Für die IG Metall mitgearbeitet haben Michael Presser (MTU Friedrichshafen) vom Arbeitskreis Arbeitssicherheit und Dr. Fritz Kalberlah, Gefahrstoffforscher aus Freiburg. Kalberlah steht auch als Kontaktperson für fachliche Nachfragen zur Verfügung – Telefon 0761/38608-0, E-Mail info@fobig.de, www. fobig. de. Die Liste wird in den neuen Gefahrstoffinformationen 1/2002 der Abteilung Sozialpolitik beim IG Metall-Vorstand veröffentlicht. Die Gefahrinformationen mit noch vielen weiteren Informationen erscheinen etwa Anfang Februar und sind bei den IG Metall-Verwaltungsstellen erhältlich. Weitere Infos auch im Internet auf www.igmetall.de/gesundheit. ◄

Italienische Gewerkschaften in ihren Grundlagen bedroht

Der Kampf gegen Berlusconi

Seit dem Wahlsieg von Silvio Berlusconi im Frühjahr letzten Jahres ist auch für die italienischen Gewerkschaften die Welt nicht mehr so, wie sie vorher war. Die rechtsnationale italienische Regierung ist dabei, die Rechte der Beschäftigten auf allen Ebenen zu beschneiden und die Grundlagen der Gewerkschaften auszuhebeln.

"Wir sind im Krieg" – so drastisch drücken es die Leute von der Metallgewerkschaft Fiom in der Lombardei aus. Mit den lombardischen Kolleginnen und Kollegen in der Region rund um Mailand hat die IG Metall Baden-Württemberg im Jahr 2000 Beziehungen aufgenommen. Tino Magni, der Bezirksleiter der Fiom, sagt: "Wir sehen den Anfang des ehrgeizigen Versuches, die gewerkschaftlichen Beziehungen und das Arbeitsrecht radikal zu verändern."

Schon kurz dem Regierungswechsel nutzten die Arbeitgeber den Rückenwind durch die rechtsnationale Regierung und verweigerten die Fortsetzung des nationalen Flächentarifvertrags. Das italienische Tarifvertragssystem sah bis dato vor, dass die Einkommen landesweit für alle Beschäftigten im wesentlichen um die Preissteigerung angehoben werden.

In einem zweiten Schritt werden dann in den Regionen weitere Tarifverträge ausgehandelt. Diesmal leistete Federmecchanica, das italienische Gegenstück zu Gesamtmetall, die Unterschrift nicht mehr. Die anderen Metallgewerkschaften, die Fim und die Uilm, unterschrieben im Gegensatz zur Fiom schlechtere Verträge. Damit war die seit 1966 dauernde Assoziation der Gewerkschaften erstmal am Ende.

Berlusconi setzte seine so genannte "Reform" des Sozialstaats fort. So soll es etwa weitere Verschlechterungen bei den Renten geben. Derzeit kommt es auch zu landesweiten Protesten wegen der Schulreform: Die Schulstunden sollen auf das „Notwendigste" gekürzt werden und die Eltern für "zusätzlichen" Unterricht bezahlen. Überflüssiger Luxus sind nach Meinung der Rechtsnationalen zum Beispiel Musik, Fremdsprachen oder auch Informatik.

Im November hebelte Berlusconi den Kündigungsschutz aus. So können Beschäftigte ohne Grund gekündigt werden, auch Betriebsräte. Das bedroht die Grundlagen der gewerkschaftlichen Arbeit, dessen ist sich nicht nur Tino Magni bewusst. Die drei Gewerkschaften streben wieder zusammen und riefen für den 29. Januar zu einem weiteren Generalstreik auf. Weitere Infos zur Situation gibt's im Internet auf www. bw.igm.de.

Fehlkonstruktion Landesstiftung

Töpfles- und Vetterleswirtschaft: „Die Landesstiftung ist eine Fehlkonstruktion, kritisiert der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener die Einrichtung, in der die Mittel aus der Privatisierung der Energieversorgung geparkt sind. Die Landesstiftung unterstützt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Das verhindert zum Beispiel, dass Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes finanziert werden können. Zudem gerät die Stiftung scheibchenweise immer mehr in den Verdacht, dass viele Projekte zweifelhaft finanziert sind. Während im Landeshaushalt das Geld für wichtige Aufgaben fehle, so kritisiert Bliesener weiter, blühe in der Landesstiftung die „Töpfles- und Vetterleswirtschaft". Es sei sinnvoller, die Mittel in den Haushalt einzubringen. Zum Beispiel kürzt das Sozialministerium derzeit radikal die Mittel für Arbeitslose – was für viele Projekte das Aus bedeutet. Außerdem solle der Rechnungshof ein Prüfungsrecht bekommen, um die Auswüchse zu verhindern. Der DGB hatte 1999 in den später gescheiterten Gesprächen zu einem baden-württembergischen „Bündnis für Arbeit" andere Vorschläge zu Verwendung der Gelder gemacht: zum Beispiel einen Fonds für Bildung und Beschäftigung. ◄

Landeserziehungsgeld nun auch für türkische Familien

"Bauchlandung" für den Sozialminister

Endlich Gerechtigkeit: Das Landeserziehungsgeld muss in Baden-Württemberg auch für türkische Staatsangehörige bezahlt werden, so das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Eine der Klagen ist vom DGB im Land vertreten worden.

Das Urteil wertete der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener als "glatte Bauchlandung" von Sozialminister Friedhelm Repniks. Repnik blieb nichts anderes übrig, als die Anweisung zur Auszahlung zu geben, die inzwischen auch umgesetzt wird. Allerdings überlegt die Landes-CDU nun, die Mittel für das Landeserziehungsgeld für andere Zwecke zu verwenden, zum Beispiel für Krippenplätze. Der DGB fordert aber, dass dafür zusätzliche Mittel bereit gestellt werden müssten, und das gerade vor dem Hintergrund der Pisa-Studie.

Der DGB macht außerdem darauf aufmerksam, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes das Landeserziehungsgeld nicht nur türkischen Familien ausgezahlt werden muss. Vielmehr müssen es auch Angehörige der nordafrikanischen Maghreb-Staaten und osteuropäischer Länder auch bekommen. Begründung: Es bestehen auch mit diesen Ländern Assoziationsabkommen oder sie gehören zu den Unterzeichnerländern der Europäischen Sozialcharta. Weitere Infos auf der Webseite des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg unter www.dgb-bw.de. ◄

Gesundheit

► **Kongress Gesundheitsreform:** DGB, Ver.di und die IG Metall der Region Stuttgart veranstalten am 2. Februar im Ludwigsburger Forum einen Fachkongress zum Thema Gesundheitsreform. Gesundheit ist Lebensqualität und dazu gehört eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Doch es gibt Diskussionen darüber, dass Krankenkassen nur noch Kernleistungen bezahlen sollen, den Rest aber die Kranken selbst. Das würde bedeuten, dass sich weniger Gesundheit leisten kann, wer weniger Geld hat. In Ludwigsburg sollen deshalb die gesundheitspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften diskutiert und Widerstand gegen die Angriffe der Arbeitgeber organisiert werden. Referenten sind etwa Horst Schmitthenner vom IG Metall-Vorstand und Prof Hans-Ulrich Deppe, Sozialmediziner der Uni Frankfurt/Main. Anmeldungen an die IG Metall der Region, Fronackerstr. 60, 71332 Waiblingen, Telefon 07151/9526-0, Fax 07151/95 26 22, E-Mail waiblingen@igmetall.de. ◄

IG Metall in Baden-Württemberg hat jetzt 44000 jugendliche Mitglieder

Weiterer Aufwärtstrend bei den Azubis

Deutlich erhöht hat sich erneut der Anteil der jugendlichen Mitglieder in der IG Metall Baden-Württemberg. Zum Jahresende 2001 waren rund 44 000 der knapp 500 000 Mitglieder unter 25 Jahre alt.

Der Anteil der jugendlichen Mitglieder hat damit gegenüber 2000 nochmals um rund 1000 zugenommen. Auch bei den neuen Auszubildenen konnte die IG Metall punkten. Rund 5000 von ihnen, die im Herbst neu eingestellt wurden, sind Mitglied der IG Metall geworden. Auch das ist besser gewesen als 2000. Der Bezirk Baden-Württemberg hat bundesweit den höchsten Anteil an jugendlichen Mitgliedern.

Bezirksleiter Berthold Huber führt diese Bilanz auf die konsequente Tarifpolitik für den Jugendbereich zurück, besonders die Übernahme und die Anbindung der Vergütungen an den Facharbeiterecklohn. ◄

Foto: IGM

Jugend aktiv für die IG Metall – wie hier in Aalen: Der IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg hat bundesweit den höchsten Anteil Jugendlicher

---

Betriebsseelsorger Paul Schobel:

Aktiv beteiligen an Betriebsratswahlen

Nicht nur der Staat, auch unsere Betriebe haben eine Verfassung und wählen ein Parlament. Im Frühjahr laufen die Betriebsratswahlen. Ein Betriebsrat vertritt – so will es der Gesetzgeber – die Interessen der Beschäftigten, wacht über Gesetze und Tarife, gestaltet mit bei Arbeitsbedingungen und ist bei Einstellungen zu Entlassungen anzuhören. Der scheinbar ach so starke Arm ist allerdings ein wenig kurz geraten. Geht es um Investitionen und Produkte, Standorte, Schließungen oder Verlagerungen, hat der Betriebsrat nichts zu melden. Da haben Eigentums- und Direktionsrecht die Vorfahrt. Die Mitbestimmung entspricht noch lange nicht jener Zielvorgabe der Päpste, an die sich die Kirchen allerdings selbst auch nicht halten, nämlich die "aktive Beteiligung aller an der Unternehmensgestaltung voranzubringen", weil "Arbeit Vorrang hat gegenüber dem Kapital..."

Foto: Graffiti

Paul Schobel

Warum dann überhaupt Betriebsräte? Alles nur Magermilch? Ich glaube nicht! Mutige Betriebsräte schalten und walten auch hinter den Kulissen, verbinden Wunden, schlichten Streit, wenden Willkür ab, unterbinden Mobbing und Pschoterror, sind nicht selten die Klagemauer im Betrieb, Anlaufstelle und Sozialstation in einem. Sie schaffen Betriebskultur und reden den Eigentümern oder Managern auch schon mal ins Gewissen. Und nicht zuletzt garantieren sie – wenn die Bude baden geht – einen Sozialplan. Das haben inzwischen auch die Herrschaften im "Neuen Markt" kapiert, die sonst Betriebsräte gerne in die Mottenkiste der Geschichte verbannen.

Schade, dass nur so wenige Belegschaften von ihrem Recht Gebrauch machen. Sei es, dass sie sich selbst nicht rühren oder aber Unternehmensleitungen wie verspätete Feudalherren Betriebsratswahlen erschweren und behindern – frei nach dem Motto: "Herr im Haus bin ich..." So schätzt man, dass gegenwärtig allenfalls noch 35 Prozent aller Beschäftigten von einem Betriebsrat vertreten sind. Ein neues Gesetz soll nun die Wahl vor allem in Kleinbetrieben erleichtern.

Beide große Kirchen werden in wenigen Wochen die Menschen in der Arbeitswelt aufrufen, sich aktiv an den Betriebsratswahlen zu beteiligen. Ich möchte allen jenen danken, die als Betriebsräte soviel Kraft und Zeit für andere investieren, oft noch die Sorgen und Nöte abends nach Hause tragen in schlaflose Nächte hinein und dafür noch Druck bekommen von allen Seiten. Sie verdienen Respekt und Anerkennung. Paul Schobel

Dieser Beitrag des Stuttgarter Betriebsseelsorgers der katholischen Kirche wurde auf SWR 1 in der Reihe "Anstösse" gesendet, die täglich morgens um 6.55 Uhr ausgestrahlt wird. ◄